

24 Monate und viele offene Fragen: Die Hintergründe des Attentates am Olympia-Einkaufszentrum müssen vollständig aufgeklärt und das rechtsradikale Tatmotiv auch von den bayerischen Behörden anerkannt werden

„Es ist mir sehr wichtig, dass es klar ist, dass der Täter eine rechte Motivation hatte und dass er nicht als Kranker hingestellt wird. Deswegen sollte die Tat auch nicht als Amoklauf, sondern als Attentat bezeichnet werden.“ Betroffene des Attentates am Olympia-Einkaufszentrum

„Die Verbindungen, die David S. vor allem über das Internet zu Gesinnungsgenossen pflegte, müssen vollständig ermittelt und offengelegt werden. Diese Aufgabe können nicht wie bisher vor allem Gutachten sowie Anwaltsschäftsätze übernehmen, hier sind auch Polizei und Staatsanwaltschaft gefragt. BEFORE fordert eine umfassende Aufklärung und die vollständige Darstellung der Ermittlungserkenntnisse zum ideologischen Hintergrund des Täters.“ Christian Ude, 1. Vorsitzender BEFORE e.V.

„Der Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum muss endlich auch durch die bayerischen Behörden als rechtsradikale Tat eingestuft werden. Das Bundesamt für Justiz und der Innenausschuss des Bayerischen Landtages haben den rechtsradikalen Hintergrund des Anschlages bereits anerkannt, die bayerische Polizei und die Staatsanwaltschaft sollten hier nachziehen. Die Fehler bei der Einordnung rechter Gewalt im Falle der NSU-Morde und des Oktoberfestattentates dürfen nicht wiederholt werden!“ Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V.

München, 20. Juli 2018

„Für mich ist es, als ob es gestern passiert ist. Es ist eine Katastrophe für die Familien, je näher der Tag des Attentats kommt, desto schlimmer wird es.“ So beschreibt eine Münchenerin, die im Zuge des Anschlages am Olympia-Einkaufszentrum in München 2016 einen Angehörigen verlor, ihre Gefühle zum zweiten Jahrestag der Tat. *„Ich werde zur Gedenkveranstaltung gehen, zusammen mit meinen Nichten. Es tut ihnen gut, an den Ort des Geschehens zu gehen, an den Ort an dem es passiert ist.“*

Am 22. Juli 2016 erschoss David S. am Moosacher Olympia-Einkaufszentrum neun Menschen und verletzte fünf weitere. Obwohl sich die rassistischen und rechtsradikalen Einstellungen des Täters in seinen Aufzeichnungen und Äußerungen wie auch der Auswahl der Betroffenen deutlich zeigte, stufen die bayerischen Ermittlungsbehörden den Anschlag weiterhin nicht als rechtsradikale Tat ein. Die rechten Netzwerke mit denen der Täter in Verbindung stand sind bis heute nicht restlos aufgedeckt. Vielen Betroffenen ist es wichtig, dass man die politische Motivation des Täters berücksichtigt und die Tat vollständig aufklärt.

Aus Sicht der Betroffenen, hätte der Prozess gegen den Waffenlieferanten des Attentäters eine Gelegenheit geboten, die Hintergründe des Anschlages öffentlich zu beleuchten. Diese Chance wurde jedoch leider nicht vollständig genutzt, die Beweisaufnahme hat die Hoffnungen auf eine umfassende Aufklärung nicht erfüllt. Weiterhin sind zu viele Fragen der Betroffenen unbeantwortet, besonders hinsichtlich der Verbindungen von David S. zu anderen Personen mit rassistischen und rechtsradikalen Einstellungen.

„Die Verbindungen, die David S. vor allem über das Internet zu Gesinnungsgenossen pflegte müssen vollständig ermittelt und offengelegt werden. Diese Aufgabe können nicht wie bisher vor allem Gutachten sowie Anwaltsschäftsätze übernehmen, hier sind Polizei und Staatsanwaltschaft gefragt. BEFORE fordert eine umfassende Aufklärung und die vollständige Darstellung der Ermittlungserkenntnisse zum ideologischen Hintergrund des Täters“, sagt Christian Ude, 1. Vorsitzender BEFORE e.V.

In den vergangenen zwei Jahren ist eine Vielzahl von Belegen für die rassistischen und rechtsradikalen Einstellungen des Täters öffentlich geworden: David S. hegte über längere Zeit einen ausgeprägten Hass besonders gegen Sinti und Roma, Muslim*innen, Türk*innen und Geflüchtete, sympathisierte mit der AfD, tauschte sich online mit Gesinnungsgenossen darunter einem späteren Attentäter aus, schwelgte in rechtsradikalen Vernichtungs- und Anschlagsfantasien, bezog sich positiv auf den Nationalsozialismus und bewunderte den Rechtsterroristen Anders Breivik. Noch unmittelbar bevor er neun Menschen nach rassistischen Kriterien auswählte und ermordete schrieb er in einer Art Abschiedsbrief: *„Ich werde jetzt jeden deutschen Türken auslöschen, egal wer“.* Davon auszugehen, dass die darauffolgende Tat nicht politisch motiviert war, ist aus Sicht der Betroffenen und der Beratungsstelle BEFORE unverständlich: Es handelt sich offensichtlich um einen Täter, der aus rassistischen, rechtsradikalen Motiven getötet hat. Eine Angehörige sagt hierzu: *„Der Täter war sicher schon vorher im McDonalds am Olympia-Einkaufszentrum und hat die Jugendlichen gesehen, die er erschossen hat. Das waren die Art Jugendliche auf die er eine Wut hatte. Es ist mir sehr wichtig, dass es klar ist, dass der Täter eine rechte Motivation hatte und dass er nicht als Kranker hingestellt wird. Deswegen sollte die Tat auch nicht als Amoklauf, sondern als Attentat bezeichnet werden.“*

Der Umgang mit dem Oktoberfestattentat und den NSU-Morden haben gezeigt: Für Betroffene von rechter Gewalt kann zum ersten Trauma, einen geliebten Menschen verloren zu haben, ein zweites treten, wenn ihrer Perspektive auf das Geschehene kein Glauben geschenkt wird. Um diese zusätzliche Belastung für die Betroffenen zu vermeiden, muss Ihre Perspektive gehört und ernst genommen werden.

„Der Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum muss endlich auch durch die bayerischen Behörden als rechtsradikale Tat eingestuft werden. Das Bundesamt für Justiz und der Innenausschuss des Bayerischen Landtages haben den rechtsradikalen Hintergrund des Anschlages bereits anerkannt, die bayerische Polizei und die Staatsanwaltschaft sollten hier nachziehen. Die Fehler bei der Einordnung rechter Gewalt im Falle der NSU-Morde und des Oktoberfestattentates dürfen nicht wiederholt werden,“ fordert Siegfried Benker, Geschäftsführender Vorstand, BEFORE e.V.

Die Betroffenen des Attentates am Olympia-Einkaufszentrum kämpfen bis heute mit den Folgen der Tat. *„Wenn mein Enkel nicht gestorben wäre, hätte er jetzt seine Ausbildung abgeschlossen und im August seinen ersten Lohn bekommen“,* sagt eine Angehörige. Im Umgang mit dem, was der Anschlag in ihrem Leben angerichtet hat, müssen sie auch langfristig unterstützt werden.

„Die Hilfe für Betroffene rechter Gewalt ist Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, die nur gelingen kann, wenn rassistische und rechtsradikale Tathintergründe aufgedeckt und anerkannt werden. Die bayerischen Behörden sollten dem Eindruck entgegenreten, dass im Falle des Anschlages am Olympia-Einkaufszentrum rechte Gewalt entpolitisiert wird und die Perspektive der Betroffenen berücksichtigen“, betont Christine Umpfenbach, Beratungsstelle BEFORE.

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de. Informationen zur Arbeit von BEFORE e.V. finden Sie [hier](#).